

Anlage

Aufgabenstellung und Kompetenzen V/5 Referat für Lesben, Schwule und Transgender

Aufgaben:

Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender soll die Interessen dieses Personenkreises nach Innen und Außen vertreten. Das Referat soll als „Mittler zwischen Behörde, Politik und Bevölkerung“ wirken.

Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender ist verpflichtet, eng mit der Stadtarbeitsgemeinschaft zusammen zu arbeiten. Es übt die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft aus. Die Stadtarbeitsgemeinschaft ist frühzeitig in alle Planungsprozesse einzubinden. Die Jahresplanung wird mit den stimmberechtigten Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft abgestimmt.

Mit Einrichtung des Referats werden folgende Aufgaben verbunden sein:

Konzept-Entwicklung für eine Kölner LST-Politik:

Kölner Politik für und mit Lesben, Schwulen und Transgendern muss entlang der Leitlinie „Antidiskriminierung“ und unter Berücksichtigung einer Diversity-Politik weiter entwickelt bzw. optimiert werden. Um Handlungskonzepte für Kölner Lösungen zu entwickeln, ist zunächst die Sammlung, Aufarbeitung und Umsetzung von Erfahrungen anderer Kommunen und freier Träger, insbesondere der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft, notwendig.

Koordination und Steuerung der Arbeit für Lesben, Schwule und Transgender:

Entwicklung und Umsetzung eines schwerpunktorientierten Themenmanagements, so dass die Verwaltung – unter Berücksichtigung der knappen Ressourcen – gleichwohl zielorientiert und kompetent mit den Organisationen der Community, Medien, Investoren und auch intern entlang abgestimmter Inhalte kommunizieren kann.

Außenvertretung/Öffentlichkeitsarbeit:

Die Vertretung der Stadt Köln obliegt dem Oberbürgermeister und in seiner Vertretung den Dezernenten. Diese Aufgabe kann auch an das Referat für Lesben, Schwule und Transgender übertragen werden, wenn es sich um Bereiche mit Relevanz für die genannte Zielgruppe handelt. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft angestrebt. Eine Gemeinsame Vertretung mit den Mitgliedern der Stadtarbeitsgemeinschaft ist je nach Themengebiet erwünscht. Die Außenvertretung für die Verwaltung bezieht sich auf:

- Diskussionsveranstaltungen
- Presseauftritte
- Auftritte bei Veranstaltungen, Jubiläen, Projektpräsentationen u.ä. von Organisationen der Community
- Überregionale bzw. interkommunale und internationale Treffen
- Intensivieren und Verbessern der Verbindungen zwischen Verwaltung und Community
- Umsetzen von Kampagnen

- Internetauftritt i.R. www.stadt-koeln.de. Da die Themen Lesben, Schwule und Transgender bisher nicht auf der Homepage der Stadt Köln vertreten sind, muss hier in Zusammenarbeit mit der Onlineredaktion (1300) eine eigene Seite installiert werden, die dem Charakter Kölns als „Hauptstadt“ gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in Deutschland gerecht wird.

Ansprechpartner für Organisationen

Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender ist Adressat für alle Anliegen, die von Organisationen der Community, Mitgliedern der StadtAG LST und überregionalen Organisationen an die Stadt heran getragen werden. Hier ist eine Wegweiserfunktion innerhalb der Stadtverwaltung zu übernehmen oder die Anliegen sind eigenständig zu bearbeiten. Statistische Daten, die die Community betreffen, sollen durch das Referat erhoben und geführt werden und den Mitgliedern der StadtAG LST zur Verfügung gestellt werden.

Ombuds- / Beratungs- / Wegweiserfunktion für Lesben, Schwule und Transgender innerhalb der Stadtverwaltung

Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender ist Adressat für Menschen, die individuelle Diskriminierungserfahrungen machen (Ombudsfunktion). Es stellt darüber hinaus eine Anlaufstelle in der Verwaltung mit „Wegweiserfunktion“ dar, um die Ratsuchenden an die für sie zuständigen Stellen und freien Träger weiterzuleiten und um deren Interessen dort ggfls. angemessenes Gehör zu verschaffen. Dies kann z.B. durch Einrichtung von Sprechstunden geschehen. Die Unterstützung kann u.a. bei Zuständigkeit von Ämtern der gesamten Stadtverwaltung stattfinden und rechtliche Fragen und persönliche Fragestellungen umfassen. Das Referat kann kein neues Beratungsangebot in Konkurrenz zu den bestehenden freien Trägern bieten; es soll lediglich als erste Anlaufstelle und Wegweiser gelten.

Interessenvertretung von Lesben, Schwulen und Transgendern in städtischen Gremien

Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender vertritt die Interessen von Lesben, Schwulen und Transgendern in

- Ausschüssen des Rates (als Teil der Stadtverwaltung)
- Dem verwaltungsinternen Arbeitskreis zur StadtAG LST
- Anderen städtischen Gremien

Hierzu gehört auch die Erarbeitung von Entscheidungsvorlagen.

Interkommunale und internationale Zusammenarbeit mit anderen Referaten für gleichgeschlechtliche Lebensweisen:

Die meisten mit Köln vergleichbaren Städte und Stadtstaaten in der Bundesrepublik haben bereits seit längerer Zeit Referate für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in unterschiedlichen Organisationsformen und Gremien, die der StadtAG LST in Köln gleichen. In enger Zusammenarbeit mit den Zuständigen in diesen Städten können die dort gesammelten Erfahrungen zur Erstellung und Optimierung von Konzepten berücksichtigt werden. Ein regelmäßiger Austausch könnte einen wesentlichen Beitrag zur gegenseitigen Unterstützung beisteuern.

Berichtswesen:

Da es sich um eine Querschnittsaufgabe handelt, ist ein Berichtswesen an den Oberbürgermeister sowie die Politik notwendig. Dieses muss konzipiert und aufgebaut

werden.

Kompetenzen:

Das Referat für Lesben, Schwule und Transgender hat das Recht, Auskünfte und Stellungnahmen von allen beteiligten Dienststellen zu verlangen und an Rats- und Ausschussvorlagen mitzuwirken. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit der im verwaltungsinternen Arbeitskreis LST vertretenen Dezernate und Dienststellen zu koordinieren.

In der StadtAG LST arbeiten die Mitgliedsorganisationen, Politik und Verwaltung zusammen. Hier übernimmt das Referat für Lesben, Schwule und Transgender die Koordinierung zwischen den genannten Gruppen. Das Referat wacht darüber, dass die Beschlüsse an Rat, Ausschüsse oder Entscheidungsträger weiter geleitet werden. Der Vorsitz der StadtAG LST obliegt weiterhin der Dezernentin für Soziales, Integration und Umwelt.